

Gewählt wird der Präsident immer am Dienstag

Das überaus komplizierte Wahlsystem der USA steht vor der nächsten Nagelprobe. Immer wieder gerät es in die Kritik, politischer Manipulation Vorschub zu leisten. Vorschläge zur Veränderung gab es unzählige, doch die Sache ist schwierig. Gastkommentar von Stephan Bierling



Kein Politikwissenschaftler oder Verfassungsrechtler würde sich heute ein Wahlsystem wie das amerikanische ausdenken. Es ist demokratietheoretisch problematisch und lädt zu politischen Manipulationen ein. Aber das US-Wahlsystem war Ergebnis nicht langer Theoriendebatten, sondern eines Deals zwischen Delegierten mit unterschiedlichen Ideen und Interessen während vier schwüler Sommermonate im Philadelphia des Jahres 1787.

Im Kern ist es funktionstüchtig: Seitdem, seit 236 Jahren, wählen die USA alle zwei Jahre das Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats und alle vier Jahre einen Präsidenten – selbst während schwerer Wirtschaftskrisen oder Bürger- und Weltkriegen. Keine andere Demokratie der Erde kann nur ansatzweise Ähnliches in Anspruch nehmen.

Sich in die Lebenswelt anderer Menschen oder Nationen hineinzusetzen, fällt nicht immer leicht. Das gilt auch für Wahlsysteme.

Jede Variante mit Folgen

Jeder glaubt, das eigene sei «normal», das des anderen kurios. Zum Beispiel wählen Deutsche und Schweizer am Sonntag. Die Amerikaner tun dies seit 1788 an einem Dienstag, und zwar am Dienstag nach dem ersten Montag im November, 2024 am 5. 11. Der Grund: Der Sonntag gehörte im damals hochreligiösen Amerika dem Gottesdienst, und erst am Montag konnten die Farmer in die oft weit entfernten Städte reisen, um am darauffolgenden Tag im dortigen Wahllokal ihre Stimme abzugeben.

Zugleich schied der 1. November als Wahltag aus: Es war der katholische Feiertag Allerheiligen, und die Kaufleute machten am 1. traditionell ihre Monatsabrechnung – deshalb der erste Dienstag nach dem ersten Montag, also frühestens der 2. 11. Und warum November? Weil die Ernte dann eingebracht und das Wetter vor dem Wintereinbruch noch gut genug war, um mit Kutsche oder Pferd auf Feldwegen in die Stadt zu gelangen.

Auch für andere Besonderheiten des Wahlsystems muss man tief in die Geschichte eintauchen. Das betrifft vor allem die Wahl des Präsidenten. Die Verfassungsväter debattierten, ob ihn alle Amerikaner, die Parlamente der Gliedstaaten oder der Kongress wählen sollten.

Jede Variante hätte Folgen: Bei einer nationalen Volkswahl wäre der Präsident von den Gliedstaaten unabhängig, was den Unterstützern des Föderalismus missfiel. In den anderen Optionen wäre er Spielball der Einzelstaaten oder des Kongresses, was den Advokaten einer starken nationalen Exekutive ein Dorn im Auge war.

Das Wahlsystem kann bewirken, dass die Mehrheit der Wählerstimmen nicht zu einer Mehrheit bei den Elektorenstimmen führt.

Viele Verfassungsväter, selbst indirekt gewählt, zeigten sich zudem skeptisch, ob, wie einer von ihnen schrieb, «das Volk die nötige Fähigkeit besitzt, die jeweiligen Ambitionen der Kandidaten zu beurteilen». Letztlich einigten sie sich auf ein Wahlmännnergremium, wobei jeder Staat so viele Stimmen bekam, wie er Abgeordnete und Senatoren besass – also mindestens drei.

Zugleich erkämpften sich die Gliedstaaten die Zuständigkeit für das Wahlverfahren. Deshalb haben die USA heute eigentlich 51 Wahlrechte, weil die 50 Staaten plus Washington (DC) ihre Regeln autonom festlegen: ob vorzeitige Stimmabgabe möglich ist, unter welchen Umständen es Briefwahlen gibt, wie die Identität der Wahlberechtigten überprüft wird. In Oregon bestimmten die Wähler zum Beispiel 1998 per Volksentscheid, dass künftig Briefwahlen Standard und nicht Ausnahme sein sollten. Seither bekommen alle Bürger ihre Unterlagen vier Wochen vor der Abstimmung per Post nach Hause geschickt.

Zugleich erkämpften sich die Gliedstaaten die Zuständigkeit für das Wahlverfahren. Deshalb haben die USA heute eigentlich 51 Wahlrechte, weil die 50 Staaten plus Washington (DC) ihre Regeln autonom festlegen: ob vorzeitige Stimmabgabe möglich ist, unter welchen Umständen es Briefwahlen gibt, wie die Identität der Wahlberechtigten überprüft wird. In Oregon bestimmten die Wähler zum Beispiel 1998 per Volksentscheid, dass künftig Briefwahlen Standard und nicht Ausnahme sein sollten. Seither bekommen alle Bürger ihre Unterlagen vier Wochen vor der Abstimmung per Post nach Hause geschickt.

«Treulose» Wählerleute?

Wie die Wählerleute bei Präsidentschaftswahlen verteilt werden, legen ebenfalls die Gliedstaaten fest. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts waren alle zum «The winner takes it all»-Prinzip übergegangen, wonach die gesamten Elektoren dem Kandidaten mit den meisten Stimmen im Staat zufallen. Der Grund: Das begünstigte die jeweils herrschende Partei.

Erst 1972 und 1992 gingen Maine und Nebraska zur Kongressbezirks-Methode über, die dem Sieger zwei Elektoren zuweist und den Rest danach vergibt, welcher Kandidat den jeweiligen Wahlbezirk zum Repräsentantenhaus gewinnt. 2024 ist eine Konstellation vorstellbar, in der der 2. Wahlbezirk Nebraskas, in dem wahrscheinlich die Demokraten vorne liegen werden, die entscheidende 270. Stimme für Kamala Harris liefert.

Insgesamt gibt es nämlich 538 Wählerleute, 435 für die Sitze im Haus, 100 für die im Senat und 3 für Washington (DC), das weder Senatoren noch Abgeordnete hat – und 270 bilden die Mehrheit.

Die Idee der Verfassungsväter von unabhängigen Elektoren zerfiel sofort. Von 1788 bis 2020

stimmten sie nur 90 Mal bei der Präsidentschaftswahl anders ab als zugesagt, und nie war das entscheidend. 2016 gab es 10 «treulose» Wählerleute und damit die höchste Zahl seit hundert Jahren, 2020 keinen einzigen. 14 Staaten annullieren «falsches» Abstimmungsverhalten, in vielen anderen wird eine Geldstrafe fällig. Gewinnt kein Kandidat die Mehrheit der Elektoren, entscheidet das Repräsentantenhaus, wobei jede Gliedstaaten-Delegation eine Stimme hat. Bei einem Patt 2024 würde das wahrscheinlich Donald Trump ins Weisse Haus hieven.

Das Wahlsystem kann bewirken, dass die Mehrheit der Wählerstimmen nicht zu einer Mehrheit bei den Elektorenstimmen führt. Das passierte seit 1788 insgesamt viermal, zweimal im 21. Jahrhundert: 2000 siegte George W. Bush, obwohl er 0,5 Prozentpunkte hinter Al Gore lag, 2016 siegte Trump trotz Hillary Clintons Vorsprung von 2,1 Punkten.

Der Grund: Die beiden Republikaner gewannen ihre Staaten mit geringerem Abstand als die Demokraten die ihren, erhielten aber trotzdem nach der «The winner takes it all»-Regel mehr Wählerleute. Bush und Trump profitierten davon, dass ihre Wähler in den USA günstiger verteilt waren als jene ihrer Rivalen. Aber das ist kein Naturgesetz: So bevorzugte das Wahlsystem 2008 und 2012 Barack Obama, und Analysen legen nahe, dass Trumps Vorteil 2024 geringer ausfallen wird als in den beiden Wahlen zuvor.

Eine zweite Besonderheit, ja Absonderlichkeit des Wahlsystems ist das Gerrymandering, das parteipolitisch vorteilhafte Ziehen von Wahlkreisgrenzen im Repräsentantenhaus. Der Name geht auf Gouverneur Elbridge Gerry zurück, der dies 1812 in Massachusetts erstmals praktizierte.

700 Reformvorschläge

Einer seiner Wahlkreise erinnerte wegen seiner gewundenen Form an einen Salamander. Die Opposition bezeichnete die Wahlkreismanipulation schon bald mit dem Kofferwort Gerrymander, zusammengesetzt aus dem Namen des Gouverneurs und «Salamander». Gerrymandering ist nur möglich in einem Wahlsystem mit Einerwahlkreisen, in denen also allein die Person mit den meisten Stimmen ins Parlament einzieht. So kann eine Partei möglichst viele Wähler der anderen in einen Wahlkreis packen, um in den übrigen die eigenen Kandidaten mit knappem Abstand durchzubringen.

Eine solche Manipulation ist möglich, wenn eine Partei die beiden Kammern des Gliedstaats und das Gouverneursamt kontrolliert. Das nennt man ein Trifecta. Deren Zahl ist in den vergangenen Jahrzehnten explodiert: Von den 50 Gliedstaaten haben heute 23 republikanische und 17 demokratische Trifectas, dazu kommen 4 mit Supermajoritäten, die den Gouverneur der anderen Partei überstimmen können.

Immer mehr Staaten verfügen also über die Möglichkeit, die Wahlkreise zum Haus zum Vorteil der eigenen Partei zuzuschneiden und ihr so zusätzliche Sitze zu sichern. Nicht länger suchen sich die Wähler ihre Politiker, sondern die Politiker sich ihre Wähler aus.

Die Folge: Es gibt kaum mehr strittige Wahlkreise. Gemäss der Analyse des «Cook Political Report» sind am 5. November von den 435 Sitzen im Haus nur 23 stark umkämpft. Der wirkliche Wahlkampf ist für die meisten Kandidaten deshalb der um die Aufstellung durch die eigene Partei. Weil dabei die Aktivisten den Ton angeben, triumphieren Ideologen oft über Pragmatiker.

Wählerleutesystem und Gerrymandering werden immer wieder als unfair gebrandmarkt. Deshalb gab es seit der Staatsgründung mehr als 700 Vorschläge zur Reform des Elektorengremiums. Keine Idee fand grössere öffentliche Zustimmung als die Direktwahl von Präsidenten und ihren Vizes. Alle entsprechenden Verfassungsänderungen scheiterten indes an der mangelnden Zusammenarbeit der beiden Parteien und weil meist eine Partei von den Regeln gerade profitiert und sie deshalb beibehalten will.

Die Gliedstaaten könnten die Wählerleute allerdings anders vergeben, etwa proportional. Doch der Staat, der zuerst vom «The winner takes it all»-System abrückt, schwächt die ihn dominierende Partei im Wählerleutesystem. Auch könnten dann Drittkandidaten Elektoren gewinnen und verhindern, dass ein Kandidat die absolute Mehrheit im Kollegium erhält. Hätte diese Regel bei den vergangenen acht Wahlen gegolten, wäre dieser Fall viermal eingetreten, und das Haus hätte entscheiden müssen. So hätte dann 1996 wohl der Republikaner Bob Dole statt des Demokraten Bill Clinton gewonnen.

Zumindest beim Gerrymandering gibt es Fortschritte. Bereits mehrmals setzten die Bürger in Gliedstaaten per Volksentscheid unabhängige Kommissionen zur Wahlkreisziehung ein, andere zu flagrant manipulierte Grenzen wiesen die Obersten Gerichte der Staaten zurück. Letztlich ist es die parteipolitische Polarisierung, die Reformen des Wahlsystems verhindert oder erschwert. Erst wenn sie nachlässt, haben die USA eine Chance, ihr Wahlsystem gerechter und gleichlicher zu machen.

Stephan Bierling lehrt internationale Politik an der Universität Regensburg.